**Zeitschrift:** Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur

Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte

**Band:** 11 (1931-1932)

**Heft:** 5-6

**Artikel:** Presse und Aussenpolitik

Autor: Oehler, Hans

**DOI:** https://doi.org/10.5169/seals-157384

### Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

#### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

#### Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

**Download PDF:** 03.10.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

# Presse und Außenpolitik.

Bon hans Dehler, Bürich.

1.

ie Art, wie in unserm Land Außenpolitik gemacht wird, unterscheibet sich wesentlich von derzenigen anderer Staaten, die unmittel= barer im Strom geschichtlichen Werbens stehen. Dort bertritt und verfolgt eine Regierung verantwortlich eine bestimmte außen= politische Richtung. Im Parlament wird deren Richtigkeit erörtert, bestätigt oder bestritten und je nachdem der Regierung Beisung erteilt: man bestärkt sie in ihrer Haltung ober veranlaßt sie zum Rücktritt. In der Aussprache des Barlaments gelangen die Meinungen und Strömungen ber Offentlichkeit zum Ausbruck, und umgekehrt wirkt biese Aussprache meinungsbildend auf die Offentlichkeit zurudt. Selbst da, wo mehr "dittatorisch" regiert wird, d. h. die Führung weitgehend einer einzelnen Persönlichkeit ober einem ständigen Regierungsorgan überlassen ist, besteht — - in gesunden Staatswesen - ein ftetiger, lebendiger Zusammenhang zwischen allen zur Bilbung außenpolitischen Willens fähigen Rräften. Rein durch Berufung oder Geburt führender Staatsmann wird auf die Dauer gegen den mehrheitlichen Willen seines Volkes Außenpolitik treiben können oder wollen.

In der Schweiz ift die Verantwortung für die Außenpolitik auf Resgierung, Parlament und Volk verteilt. Der letzte Entscheid steht dem Volk zu. Ist dieses aber in seiner Zusammensetzung wenig einheitlich und durch Parteiungen gespalten, oder gar von seinen berusenen Führern im Stiche gelassen, dann hält es schwer, die ihm zustehenden Rechte des Volksentscheides und Volksbegehrens in sinngemäßer und fruchtbarer Weise zur Answendung zu bringen. Die außenpolitische Richtungsbestimmung läge in diesem Fall doch weitgehend bei Parlament und Regierung. Wie wir früher in diesen Heften aussührten, gibt es aber im Bundesrat keine einheitliche Aussassiung von Zustand und Lage unseres Landes und entsprechend der nach außen zu besolgenden Politik. Und noch weniger im Parlament. Die Verhältnisse und Fragen der internationalen Politik und ihre Kückwirstungen auf unsere eigene Lage werden hier nicht erörtert. Vielleicht daß man in den Wandelhallen des Vundeshauses im privaten Gespräch seinem

Rollegen seine Meinung anvertraut. Aber eine offene kontradiktorische Aussprache in der Versammlung der Räte findet darüber nicht statt. Gezade dem, was die beste Gewähr urteilssicherer Erfassung des lebendigen Geschehens bietet: dem Streit und Widerstreit der Meiznungen, weicht man aus.

Unter diesen Umständen kommt der Presse als Bildnerin einer öffentlichen außen politischer Richtlinien eine doppelt wichtige Rolle zu. Ist unsere Presse dieser Anforderung und Aufgabe gewachsen? Diese Frage zu stellen ist ebenso heitel wie dringlich. Aber auch wenn ihre Beantwortung in weitem Umfang verneinend ausfallen sollte, kann das nicht heißen, den heutigen Vertretern der Presse allein die Schuld dafür zuschieben wollen. Wie jedes Volk die Volksvertreter und die Regierung hat, die es verdient, so hat auch jedes Land die Presse, die es verdient. Mit andern Worten: auch der Zustand der Presse ist nur ein Teilzustand des allgemeinen Zustandes, in dem sich unser Volk und seine öffentlichen Angelegenheiten heute besinden.

So besitzt unsere Presse benn auch das gleiche Merkmal, das für unser ganzes öffentliches Leben kennzeichnend ist: sie ist mit wenigen Ausnahmen Parteipresse. In einem tieferen Sinn verstanden, hat es wohl nie eine andere Presse gegeben als eine solche einer "Partei". Und so wenig man Partei und Parteiung grundsätlich ablehnen kann, so wenig kann man das mit der Presse als Organ einer Partei. Kritisch und ablehnend muß aber bie Einstellung zur Partei werden, wenn bas Gruppenintereffe, bas sich in ihr verkörpert, allein ausschlaggebend wird, und Bewußtsein und Wille, zugleich verantwortlich das Gesamtinteresse mahrnehmen zu muffen, erlöschen. In diesem Zustand befinden sich weitgebend unsere heutigen Parteien und entsprechend ihre publizistischen Organe. Im Parteiorgan werden nicht nur, wie man etwa erwarten könnte, die Fragen ber inneren, sondern genau so diejenigen der äußeren Politik unter Besichtspunkten erörtert und dargestellt, wie sie das Privatinteresse der Un= gehörigen der betreffenden Partei oder ihr Gruppeninteresse verlangt. Mit andern Worten, man verfolgt die Vorgänge der internationalen Politik nicht unter bem Gesichtspunkt ihrer Rückwirkung auf unser staatliches Dasein und die in der Bundesverfassung niedergelegte Aufgabe unserer Außenpolitik: Wahrung der Selbständigkeit und Unabhängigkeit des Bundes. Man betrachtet sie daraufhin und bewertet sie darnach, ob sie der eigenen materiellen und gesellschaftlichen Stellung vorteilhaft ober nachteilig sind.

Auf Grund einer berartigen Darstellung und Beurteilung der internationalen Borgänge ist natürlich im eigenen Land die Bildung einer sachslich unterrichteten und selbständigen öffentlichen Meinung nicht möglich. Und da Regierung und Parlament ihrerseits ebenfalls nicht zur Bildung einer solchen beitragen, sehlt es an der wesentlichen Boraussetzung für eine wirklich in unserer Hand liegenden Gestaltung unseres öffentlichestaatlichen

Schicksals. Wie in der inneren vermögen so auch in der äußeren Politik private Einflüsse und Interessen unter Ausschaltung der öffentlichen Kontrolle und kontradiktorischen Aussprache entscheidenden Einsschuft auf die Leitung des Landes und die Bestimmung seiner allgemeinen Richtung zu gewinnen. Wie etwa dieser Einfluß im Parlament durch Zuschanzung einträglicher Verwaltungsratsposten und anderer Stellen an Volksvertreter geübt wird, deren Wählerschaft sich aus ganz andern Volkssoder Erwerdsschichten rekrutiert, ist bekannt. Vor allem aber ist es die Presse, die dazu benützt wird, in Öffentlichkeit und Behörden diesenigen Vorstellungen und Anschauungen zu erzeugen und zu verbreiten, die geseignet sind, die Versolgung der eigenen privaten Ziele zu ermöglichen.

An der Einstellung zu den internationalen Borgängen der letzten Wochen läßt sich diese, durch Privat- und Standesinteressen bedingte Haltung eines Teiles unserer Presse veranschausichen.

2.

Im Vordergrund des Interesses stand bei diesen Vorgängen der internationalen Politik der letten Wochen die Stellung der drei Weltmächte Amerika, England und Frankreich zur deutschen Frage.

Nach einer Veröffentlichung bes amerikanischen Sandelsbepartements hätte die deutsche Handelsbilang in den Jahren 1923-1930 einen Fehlbetrag von insgesamt siebeneinhalb Milliarden Schweizerfranken aufgewiesen. Dazu wären im gleichen Zeitraum Reparationszahlungen von rund zwölfeinhalb Milliarden gekommen. Dieser Ausfall von rund zwanzig Milliarden Franken wurde zur Hauptsache durch ausländische Unleihen gebedt. Einen guten Teil berfelben lieferte Amerita, bas hier für seinen Gelbüberfluß einen hochverzinsenden und verhältnismäßig sicheren Unlagemarkt fand. Die Einsicht in diese Lage der deutschen Finanzen und die Rudsicht auf die eigenen finanziellen Anlagen in Deutschland haben die Haltung Amerikas in den letten Wochen bestimmt. Schon mehrere Male in den vergangenen Jahren mußte es in die europäischen Berhältnisse eingreifen, um zu verhindern, daß fein deutscher Schuldner notleidend wurde. Es kamen unter seiner Bermittlung bann jeweils Abkommen zustande, die eine kurze Atempause schufen, ohne aber je zu einer wirklichen Gesundung der europäischen Berhältnisse zu führen. Auf den Dames-Plan folgte der Young-Plan und auf diesen jüngst der Hoover-Plan.

Mehr als eine Sicherstellung seiner wirtschaftlichen Interessen in Europa bezweckten diese Eingriffe nicht. Sie wollten und sollten nicht eine Einflußnahme auf die politischen Machtverhältnisse Europas sein. Darin liegt die Schwäche des amerikanischen Standpunktes. Es ist der reine Kapital=Standpunkt. Dank seiner Bereicherung durch den Weltkrieg und der Verschiedung des Kapital=Weltmittelpunktes nach New-York, hält Amerika gewissermaßen den Schlüssel zur Weltpolitik in den Händen. Wo aber nicht Interessen seines Kapitals in Frage stehen, greift es nicht ein. Sobald es auf politische Fragen stößt, die eine verantwortliche Stels lungnahme von ihm verlangen, weicht es aus. Das Geld will eben nicht Berantwortung tragen, es will nur Gewinn einbringen.

Die deutsche Finanzkrise hat Amerika als rein finanztechnische Angelegenheit behandelt. Die Kredit= und Vertrauenswürdigkeit Deutschlands fuchte es durch entsprechende offizielle Rundgebungen zu festigen: "Grundfählich sind die Bewegungen (ber Markflucht und des Rückganges der ausländischen Einlagen) durch nichts gerechtfertigt", hieß es in den auf der Londoner Konferenz vorgebrachten amerikanischen Vorschlägen. Stimson führte bei seinem Berliner Besuch aus: "Ich habe an den Konferenzen von Baris und London gesagt, daß die amerikanische Regierung und das amerikanische Volk volles Zutrauen haben zu Deutschland, seinem Volk, seinen Hilfskräften und seiner Zukunft." Bor allem wandte es sich gegen eine Ausnützung der augenblicklichen Notlage seines deutschen Schuldners, um diesem politische Bindungen aufzuerlegen, die seine Bukunft noch mehr gefährdet hätten. Unmigverständlich berichtete Reuter bei Zusammentritt der Londoner Konferenz aus Washington, die amerikanische Regierung murbe gegen ben frangofischen Rrebithilfeplan Stellung nehmen, falls biefer bie Unterftütung Englands fande.

England bedurfte allerdings dieses Winks von jenseits des Ozeans kaum noch. hier war man icon seit Wochen bemüht, der von Frankreich Deutschland gegenüber verfolgten Politik Einhalt zu tun. Man denke etwa an die englische Finanzhilfe für die österreichische Rreditbant, beren, durch ben plötlichen Rudzug großer französischer Gelder verursachten Zusammenbruch Frankreich ausnützen wollte, um Österreich in seiner Notlage zu zwingen, ben Verzicht auf ben Zollvertrag mit Deutschland auszusprechen. Was das Organ der englischen Regierungspartei, der "Daily Herald", zum Beginn ber Londoner Ronferenz ichrieb, dürfte der allgemeinen englischen Einstellung zu Frankreichs Absichten gegenüber Deutschland Ausdruck gegeben haben: "Großbritannien wird mit einem Nein auf die brudenden Forberungen antworten, die Frankreich als Bedingung für die hundert Millionen-Pfundanleihe an Deutschland stellen könnte." Die gesamteuropäischen Berhältnisse gehen England eben heute viel zu nah an, als daß es ihnen gleichgültig gegenüberstehen könnte. Das Millionenheer der englischen Arbeitslosen wird kaum je verschwinden, wenn nicht die deutsche Wirtschaft, deutscher Handel und deutsche Kaufkraft sich wieder erholen. Und wird die eigene Gesellschaftsordnung widerstehen, wenn in Mitteleuropa unter dem Druck wirtschaftlichen Zerfalls die innere Gärung und Unruhe weiter fortschreitet und man nie weiß, wann das Feuer vom Often her auch von ihm Besitz ergreift?

So erblickt die englische Politik das Gebot der Stunde darin, alles zu vermeiden, was die Lage in Deutschland verschärfen könnte und alles zu tun, was die deutschen Verhältnisse beruhigt und festigt. In diesem Punkt trifft sie sich mit der amerikanischen. Der engs

Tische Premierminister hat denn auch bei seinem Besuch in Berlin die Ausführungen des amerikanischen Bertreters mit den Worten unterftütt: er, der englische Premierminister und der englische Außenminister seien u. a. beswegen nach der Hauptstadt des Deutschen Reiches gekommen, "um der Welt zu zeigen, daß troß der Schwierigkeiten der gegenwärtigen Lage unser Bertrauen in Deutschland unvermindert fortbesteht und daß wir in dem Rampfe, den Deutschland führt, mit Deutschland sympathisieren... Gin freies und sich selbst achtendes Deutschland ift unentbehrlich für die ge= samte Zivilisation." Von Amerika im Stich gelassen sieht sich die englische Politik aber bei ihrem Bestreben, durch billige Regelung der Reparations= frage und Revision der unhaltbarsten Bestimmungen der Friedensverträge die hauptsächlichen Ursachen der heutigen Zustände zu beseitigen. Und allein, ohne Amerika, hat England bisher in diesen Fragen nichts unternehmen können, weil ihm der kontinentale Gegenspieler gegen die augenblickliche Vormacht Europas fehlt. Gerade in den Tagen der Londoner Konferenz hat England erfahren müssen, wie abhängig es allein von Frankreich ist, als nämlich die französischen Banken ihre jenseits des Ranals angelegten Gelder plöglich in großem Umfang zurückzogen, ohne sie selbst zu brauchen, mit dem leicht ersichtlichen Zweck also, das englische Pfund zu gefährden, falls die englische Politik sich zu weit von den Gesichtspunkten der französischen entfernen wollte. Darum ist, gemessen an dem, was getan werden müßte, um in Europa auch nur annähernd ausgeglichene und tragbare Ber= hältnisse zu schaffen, das Ergebnis der Londoner Konferenz auch so mager ausgefallen. Es stellt eine Hilfslösung mehr dar, die binnen kurzem wieder von neuen, noch schwereren Krisen gefolgt sein wird.

3.

Ein frangösisches Blatt hatte im Unschluß an die Londoner Ronferenz geschrieben, diese habe gezeigt, auf welcher Seite Deutschlands mahre Freunde stünden. Die Engländer und Amerikaner ruinierten die Deutschen schließlich nur unter dem Vorwand, an ihrem Wiederaufbau mitzuhelfen. Mit andern Worten: nur Frankreich bringe Deutschland wahre Freundschaft entgegen. Wenn Frankreich seine Worte wahr machen will — und manche Franzosen sind sicherlich aufrichtig von dieser Absicht beseelt —, dann darf es aber bei seinem Freund nicht den Eindruck aufkommen lassen, daß es ihn zu beherrschen und seine Notlage zu diesem Zweck auszunützen suche. Die Bedingungen, die es an seine Finanzhilse knüpfte, und die ganze Art seines Vorgehens riefen aber unvermeidlich diesen Eindruck hervor. Selbst im außerdeutschen Ausland. So schrieb die englische "Times" in jenen Tagen: "Benn Frankreich und Deutschland sich ein für alle Mal entschließen wollten, die Schwierigkeiten, in benen sich der eine ober andere in einem gewissen Zeitpunkt befinden kann, als Gelegenheit zu einer von freundschaftlichem Geiste getragenen Geste zu betrachten, statt baraus Ra= pitalfür sich zu schlagen." Erft recht aber in Deutschland.

Erleichtert hatte man hier beim Bekanntwerden des Hoover-Planes aufgeatmet. Wochen zogen sich indessen hin, bis Frankreichs Zustimmung bazu vorlag. Und als das schließlich der Fall mar, hatte die Geldknapp= heit in Deutschland einen Grad erreicht, ber jeden geordneten Weitergang bes Wirtschaftslebens in Frage stellte. In dem Augenblick bot Frankreich seine Hilfe an. Mehr, es forderte Deutschland vor aller Welt zur Freundschaft, zur "Berständigung" auf. Nur wenn es auf diese eingehe, werbe die Welt wieder Vertrauen zu ihm gewinnen, das fie jest, wegen der Art seiner inneren und äußeren Politik, verloren habe und wovon seine Finangkrise die Folge sei. "Es gibt keinen Kredit ohne Vertrauen — führte Laval in seiner Erklärung an die frangofische Presse aus -, Bertrauen wird aber in der ganzen Welt nur einkehren, wenn zwischen dem deutschen und französischen Volk Harmonie besteht. Das ist der Weg des Friedens." Frankreich verlangte für seine "Berständigungs" = Bereitschaft aber einen Preis. "Frankreich ist bereit - hatte Millerand in den Berhandlungen des Senats, in benen die Richtlinien für die Regierung festgelegt wurden, ausgeführt -, Deutschland eine Finanzhilfe zu gewähren, aber Deutschland muß ein Oftlocarno und den Bergicht auf den Anschluß aussprechen. Um diesen Preis tann die deutsch-französische Berftändigung morgen verwirklicht werden." Dazu trat die Forderung des Bergichts auf ben Bau des Panzerkreuzers B. Und der offizielle Kredithilfeplan schließlich verlangte die Verpfändung der deutschen Zolleinnahmen für den Zinsenbienst des Deutschland zu gewährenden Rredits.

Es ist heute keine deutsche Regierung denkbar, die auf diese Bedingungen hätte eingehen können, ohne von einem Sturm allgemeiner Bolks= entruftung weggefegt zu werben. Die Berpfändung ber Bolleinnahmen hätte Deutschland auf einen Stand von Souveranitätsbeschränkung gurudgeworfen, in dem sich früher etwa die Türkei und China den europäischen Großmächten gegenüber befanden. Durch Bergicht auf den Bau des Pangerfreuzers B hätte es auf ein ihm aus dem Versailler Vertrag zustehendes Recht verzichtet, das ihm zwar keineswegs erlaubt, seine frühere Seegeltung wieder zu erlangen, aber seinen gefährdeten Oftseegebieten boch einen bescheibenen Schutz gewährt. Der Abschluß eines Oftlocarno wäre auf einen Verzicht auf Geltendmachung von Art. 19 des Bölkerbundsvertrages hinausgelaufen, der Deutschland gestattet, für unanwendbar gewordene ober den allgemeinen Frieden gefährdende Vertragsbestimmungen Revision zu verlangen. Und mit dem Verzicht auf den Anschluß hätte es sich einer Aussicht beraubt, die ihm die Bestimmung der Friedensverträge, wonach die Entscheidung über den Unschluß dem Bölkerbunderat zusteht, immerhin noch bietet. Rurz, die Annahme der frangösischen Bedingungen wäre einer Berfperrung bes einzigen Beges gleichgekommen, ber Deutschland noch offen fteht, um fich mit friedlichen Mitteln wieder zu Selbständigkeit und Gleichberechtigung unter den Nationen emporzuarbeiten.

In einem linksstehenden französischen Blatt war einige Wochen vor Ausbruch der deutschen Krise zu lesen, in Frankreich erhebe ein neuer Poincarismus bas haupt und man könne sich in die Zeit der Ruhrbesetzung zurückversett glauben. Diese Darstellung ist unrichtig, sofern damit gesagt sein soll, daß unter Poincaré die frangösische Politik ein anderes Ziel verfolgt habe als etwa unter Briand und anderen Staatsmännern des letten Jahrzehnts. Richtig ist sie, sofern sie feststellt, daß die französische Politik seit Monaten den Zeitpunkt für einen Wechsel der Methoden ge= genüber Deutschland für gekommen hielt. Darum hatte man auch Briand ausgeschifft, beziehungsweise kalt gestellt, und andern Männern die Kührung übertragen. Mit großer Besorgnis verfolgte man eben auf französischer Seite, wie in Deutschland nationales Bewußtsein und nationaler Wille um sich griffen und, in der nationalsozialistischen Bewegung und anbernorts, vor allem auch von der deutschen Jugend, Besitz nahmen. In den Aufmärschen des Stahlhelms und verwandter Verbände sah man die planmäßige Pflege und Weckung militärischen Geistes. Der drohenden Revisionsbewegung gegen die deutschen Oftgrenzen hatte Briand lettes Jahr erfolglos seinen Europa-Plan entgegengestellt. Der einer überraschten Welt bekanntgegebene deutsch-österreichsiche Zollvertragsplan, dessen Bernünftigkeit zwar nicht bestritten werden, dessen Berwirklichung aber unabsehbare Rückwirkungen auf Frankreichs wirtschaftliche und politische Stellung im europäischen Südosten haben konnte, mar das untrügliche Anzeichen einer wiedererwachenden und sich eigene Ziele setzenden deutschen Außenpolitik. Gelang es nicht, diese Selbständigkeitsregungen im Reim zu unterdrücken und der wachsenden nationalen Bewegung einen Riegel zu schieben, dann lief Frankreich Gefahr, um die Früchte seines Sieges zu kommen. Denn ein wieder erstarktes und einen mitbestimmenden Faktor der europäischen Politik bildendes Deutschland ist unvereinbar mit der frangösischen Bormachtstellung. Frankreich sieht seine Lage nur so lange als gesichert an, als Deutschland schwach und wehrlos ist. Darum darf Deutschland nicht wieder erstarken. Es muß, koste es was es wolle, und mit was für Mitteln auch immer, niedergehalten werden. Der Ruhreinmarsch von 1923 stand im Zeichen dieser Forderung. Und der jüngste Angriff auf den deutschen Aredit und der damit verbundene Versuch, Deutschland ein "politisches Mo= ratorium" aufzuzwingen, steht in ihrem Zeichen.

Darum hat man in Deutschland von Ansang an die Aufrichtigsteit des jüngsten französischen Berständigungsangebotes angezweisselt. Würde denn wirklich ein Deutschland, das sich endgültig mit seinem gegenwärtigen fragwürdigen und wirtschaftlich untragbaren Zustand abstände und selbst auf die ihm im Bersailler Bertrag zugestandene Beswegungsfreiheit verzichtete, der Welt als vertrauenssund freditwürdiger erscheinen als ein Deutschland, dem eine, wenn auch noch so bescheidene Wiederaufstiegsmöglichkeit offen gelassen ist? Auf diese Frage müßte eine

französische Politik, die vorgibt, Deutschlands Bestes zu wollen, Antwort geben.

Und sie mußte es ebenso auf die andere Frage: wem hätte Frankreich seine angebotenen Milliarden leihen wollen? Die Regierung Brüning ist für diesmal einzig durch England und Amerika gerettet worden. Hätte Frankreich mit seinen Forderungen Erfolg gehabt, dann wäre ihr Schicksal unweigerlich besiegelt gewesen. Und was dann? Auch zu den inneren Fragen Deutschlands nimmt man eben in England und Amerika eine grundfählich andere Haltung ein als Frankreich. Die englische "Times" schrieb in ben Tagen ber Londoner Konferenz, man muffe bem nationalen Selbst= behauptungswillen, der sich machtvoll im deutschen Bolke rege, Rücksicht tragen und auf die deutschen Rlagen wegen der Entwaffnung und der Revision der Friedensverträge u. f. w. eingehen. Man neigt in England und Amerika dazu, jede beutsche Regierung zu unterstüten, die nur die Gewähr für geordnete Verhältnisse nach innen und außen bietet. Frankreichs Bestreben bagegen muß notwendigerweise dahin gerichtet sein, alles in Deutschland zu bekämpfen, mas nationalen Selbstbehauptung 3willen besitt ober äußert. Denn das alles trägt zu einer Biedererstarkung Deutschlands bei, die nun einmal mit einer Vormachtstellung Frankreichs nicht vereinbar ift.

hier zeigt sich eben der Birtel der frangofischen Politit seit den Tagen ber Unterzeichnung bes Versailler Vertrages. Versailles ift eine Ordnung bes Friedens, die Politik Frankreichs dient der Erhaltung des Friedens, wird der Welt immer wieder verkündet. Die Erfahrung von zwölf Jahren lehrt aber das Gegenteil. Frankreich verfügt heute über das anerkannt bestausgebilbete und bestgeruftete Rriegswertzeug. In einem gewaltigen Rolonialreich besitt es ein schier unerschöpfliches Menschenreservoir. Ein Gürtel von militärisch ebenfalls höchstgerüsteten Verbündeten umklammert bie auf ein Mindestmaß abgerüsteten ehemaligen Kriegsgegner. Und tropbem bangt Frankreich um seine Sicherheit. In Bersailles glaubte es seine ehemaligen Rriegsverbündeten, England und Amerika, zu Garanten seiner Machtstellung zu gewinnen. Sie lehnten ab. Das mar die erste Fehlrechnung seiner Politik. Im Bölkerbund, im Garantiepakt, im Genfer Protokoll, im Rellogg-Pakt (zu dem der Anstoß ursprünglich von Frankreich ausging), im Briandplan und in den Forderungen, die es jett in seiner Dentschrift für die tommende Abrüftungstonferenz wieder aufstellt: immer sucht Frankreich Sicherheit und immer verweigert ihm die übrige Welt, mit Ausnahme bes engen Rreises seiner unmittelbaren Berbündeten, die Gemährleistung dafür - weil die übrige Welt nicht glaubt, baß Berfailles eine Ordnung bes Friedens fein kann.

"Harmonie zwischen dem deutschen und dem französsischen Bolk, das ist der Weg des Friedens," hat Laval gesagt. Und gleichzeitig hat seine Regierung den Preis genannt, um den sie diese Harmonie zu verwirklichen bereit ist: wenn Deutschland verzichtet, in Europa und in der Welt die Rolle zu spielen und die Aufgabe zu erfüllen, zu denen seine Anlagen und Kräfte es befähigen und geeignet machen, und sich mit der Rolle und der Geltung begnügt, die Europas Vormacht und Vormund ihm zuzugestehen jeweils für gut sindet. Wie aber kann auf solcher Grundlage zwischen zwei Völkern Harmonie, Verständigung, Freundschaft bestehen? Darum hat zwischen Frankreich und Deutschland seit Versailles auch nie wirklich eine solche bestanden. Dort herrscht ständige Sorge um die eigene Sicherheit, dumpses Grauen bei dem Gedanken, sich eines Tages, von England und Amerika im Stich gelassen, allein einem wiedererstarkten und Rechenschaft heischenden Deutschland gegenüber zu sehen: die Furcht des schlechten Gewissens. Hier erwacht man widerwillig aus einer zehnzährigen Selbstäuschung und ringt sich langsam zu der Erkenntnis durch, daß man auch mit der aufrichtigsten friedlichen Gesinnung die Möglichkeit eigenen, selbständigen staatlichen Daseins noch nicht sichergestellt hat. So sieht die deutschsfranzösische Verständigung in Wirklichkeit aus!

Gewiß kann Frankreich nach wie vor auf die Weltöffentlichkeit seine Schlagworte niederprasseln lassen: Frankreich ift friedliebend, seine Politik dient nur dem Frieden und die Schuld liegt allein bei Deutschland. Zwölf Sahre nicht zur Ruhe kommenden politischen Zustandes, erneutes Wettrüsten, das dasjenige vor 1914 in Schatten stellt, schleichende Wirtschafts= frise ohne Aussicht dauernder wirtschaftlicher Wiedergesundung haben den größern Teil der Welt — besonders die angelsächsische — längst an der Richtigkeit dieser Darstellungsweise zweifeln gelehrt. Und vor allem: die Rräfte, auf die sich Frankreich in Deutschland zur Verfolgung seiner Politik stütt, werden von Jahr zu Jahr schwächer, die Gegenkräfte stärker. Das ist die zweite große Fehlrechnung der französischen Politik. Druck erzeugt eben Gegendruck. Gerade das, was die französische Politik seit den Tagen von Versailles hat verhindern wollen: das Wiedererwachen nationalen Selbstbehauptungs= und Wehrwillens in Deutschland, das hat fie durch ihr Vorgehen ununterbrochen und in ungeahntem Maß hervorgerufen und ruft sie bauernd weiter hervor. Es ist ein bekannter Leitsat ber Staatskunft, daß wenn man ein Volk zur Aussöhnung mit einem bestehenden Zustand bringen will, man es in der Befriedigung seiner einfachsten Lebensbedürf= nisse nicht allzu sehr verfürzen und ihm Spielraum zur Betätigung seiner Kräfte nach irgend einer Richtung gewähren soll. Frankreich hat geglaubt, dem deutschen Bolk gegenüber auch das nicht zu können, weil selbst ein friedliches, aber gesundes und entwicklungsstarkes Deutschland schon seine Machtstellung gefährden murbe, die nun einmal auf der Durchschneidung lebenswichtiger Interessen des deutschen Volkes gegründet ist. Nicht der friegerische Geist Frankreichs und nicht der kriegerische Geist eines erwachenden Deutschland tragen daher die Schuld, wenn Europa immer unerträglicheren Spannungszuständen entgegengeht. Die Schuld trägt vielmehr diese einzige große Fehlrechnung, die Versailler Vertrag heißt.

Weitsichtige Franzosen haben längst die unheilvolle Verkrampfung erstannt, in der ihr Land sich befindet und die darin besteht, unentwegt die auf Versailles gegründete Politik sortzusetzen, und wenn diese nicht zum Frieden führt, einsach Deutschland die Schuld dafür zuzuschieben. In einer in Paris erscheinenden Zeitung "La Griffe" schrieb unterm 26. Juni Armand Charpentier:

"Ein ungeheuer großes Plakat mit der Überschrift: Wollen die Deutschen den Frieden?, und dessen Text noch dümmer als verbrecherisch ist, entehrt seit einigen Tagen die Mauern von Paris... Der anonyme Versasser dieses häßlichen Machwerkes ahnt wohl nicht, daß ein viel strengeres Plakat mit dem Titel "Wollen die Franzosen des Frieden?" an den Mauern Berlins angeschlagen werden könnte und selbst an den Mauern von Paris, was unendlich nüßlicher wäre."

Aber solche Stimmen verhallen heute in Frankreich noch ungehört. Hier läge darum eben die Aufgabe der ganzen übrigen verantwortungssbewußten Welt, ihre Stimme zu erheben und dem französisch en Bolk in Bewissen zu reden, daß der Weg, den sein Land seit Versailles geht, nicht ein Weg des Friedens, sons dern ein Weg ist, der Europa nie zur Ruhe kommen lassen und über seine Völker neues Unheil herauffühsen wird.

4.

Was für eine Haltung nimmt unsere schweizerische Presse zu dieser Lage der internationalen Politik ein? Wie stellt sie sie unseren Offentlichkeit dar und was für Rückwirkungen erwartet sie davon auf unsere eigene politische Lage? Das soll an der Art der Darstellung und Berichterstattung eines einzelnen Blattes veranschaulicht werden in der Meinung, daß damit zugleich die kennzeichnenden Merkmale für die Haltung eines großen Teiles unserer Presse überhaupt ausgewiesen seien.

"Heute gilt es einen Burgfrieden abzuschließen, den sich Frankreich nicht anders als auf der Grundlage der bestehenden Verträge und ihres Ausdaues durch den Völkerbund denken kann und der für Europa eine Atempause wäre, die seinen Wiederausbau erlaubt und aller Welt zum Vorteil gereicht." Diese Ausführungen der "Neuen Zürcher Zeistung" zu der bevorstehenden Zusammenkunst deutscher und französischer Staatsmänner in Paris kurz nach Mitte Juli zeigen, wie sehr man auf der Leitung dieses Blattes geneigt ist, die internationale politische Lage genau so anzusehen, wie sie Frankreich ansieht. Unter dem "Burgfrieden", den Deutschland mit Frankreich abschließen soll, versteht man eine "ruhige und entschlossene Manifestation des Willens, den Notwendigkeiten der Stunde Rechnung zu tragen, … und ohne Preisgabe nationaler Würde oder irgend eines wirklichen nationalen Interesses die politische Prestiges

politik entschieden zurückzustellen". Dabei bedeutet die Berpfändung der Bolleinnahmen für den Zinsendienst ausländischer Rredite nach der Meinung der "Neuen Zürcher Zeitung" keineswegs eine "Preisgabe nationaler Würde"; sie stelle wohl einen "sehr bitteren Rückschlag" für Deutschland bar: aber daß das größte und an Rulturleiftungen mit an oberfter Stelle stehende Volk Europas eine Bindung nicht annehmen könnte, deren Abstreifung den Bölkern des erwachenden Asiens als höchstes Ziel erschienen ist ober erscheint, steht für sie außerhalb jeder Diskussion. Auch würde ein Berzicht Deutschlands auf Revision seiner Oftgrenzen nach der "Neuen Bürcher Zeitung" durchaus keine Preisgabe "eines wirklichen nationalen Interesses" darftellen, wird es doch gerade als der "verhängnisvolle Frrtum" der Nach-Stresemann'ichen deutschen Außenpolitik bezeichnet, daß sie nicht "eine Wartefrist für zufünftige Revision der Friedensverträge anerkennen wollte". Der Bau des Panzerkreuzers B und der deutsch = öster= reichische Zollvertrag schließlich wäre nichts als eine "politische Prestige= politit", beren "Zurüchstellung" zu ben "Notwendigkeiten ber Stunde" ge= hörte.

Dieser völligen Verständnislosigkeit für die Lage Deutschlands und dem Mangel an Willen, ihr auch nur im entferntesten gerecht zu werden, steht eine Berständnisbereitschaft nach der Seite Frankreich & hin gegenüber und eine Bereitwilligfeit, auf bessen Standpunkt einzugehen, die nur allzu oft zu einem urteils= losen Nachplappern der Schlagworte der frangösischen Politik führt. Bon ber Haltung Frankreichs zum Hoover-Plan heißt es beispielsweise, sie habe gezeigt, daß Frankreich "zu einer internationalen Lösung des großen Berschuldungsproblems durchaus bereit" fei, "wenn feiner besonderen Stellung als Hauptgeschädigter durch die materiellen Kriegszerstörungen angemessen Rechnung getragen" werde. Nun ist Frankreich aber heute — nachdem jene Schäben längst geheilt find — basjenige Land, bas aus den heutigen Berhältnissen den größten Vorteil zieht und dank dessen auch zum kapital= reichsten Land Europas geworden ist. Wenn also für eine Lösung der internationalen Probleme Opfer gebracht werden muffen, dann in erster Linie burch diejenigen, die noch etwas zu opfern haben, und nicht von denen, die kaum noch hemd und hose besitzen, und dazu noch in der Form von Fesseln um Sande und Suge, die fie der letten Bewegungsfreiheit berauben. Was wir schließlich von einer weiteren "Atempause" auf der Grundlage "der bestehenden Verträge und ihres Ausbaues durch den Völkerbund" — die Europa "seinen Wiederaufbau erlauben und aller Welt zum Vorteil gereichen" foll - zu halten haben, lehren die bisherigen zwölf Jahre Berfailler= und Bölkerbunds = Ordnung mit erschütternder Eindringlichkeit. Europa vertrüge eine weitere derartige "Atempause" überhaupt nicht mehr. Es ware an ihrem Ende nicht nur nicht "wiederaufgebaut", sondern wirtschaftlich und politisch in weiten Teilen zerstört. Darum ist es gebanken= loses Geschwätz, von einem an Bindungen und Hemmungen noch über Bersailles hinausgehenden "Burgfrieden" als einem Weg zu reden, der "po= litisch und wirtschaftlich eine neue Zukunft Europas öffnet".

Der Haltung der Leitung entspricht diejenige der Berichterstatter in ben europäischen Sauptstädten. So schreibt ber Barifer Berichterstatter, ber jeweils wiedergibt, was man im französischen Außenministerium in ber Welt verbreitet municht, beispielsmeise: "Die Revisionsziele der nationalistischen Parteien Deutschlands, namentlich was Polen anbetrifft, erweisen sich bei näherer Betrachtung der Verhältnisse als nicht weniger ge= fährlich - weil auf die Dauer unhaltbar - als es die französische Forderung auf das linke Rheinufer (in den 30er Jahren des vorigen Jahr= hunderts) gewesen war." Daß aber Deutschland auf Grund von Art. 19 bes Bölkerbundsvertrages das Recht zur Erhebung solcher Revisionsforderungen zusteht, wird stillschweigend übergangen. Ebenso, daß die deutschen Revisionswünsche in England (und andernorts) auf Berständnis stoßen, was bei den französischen Unsprüchen auf das linke Rheinufer weber vor zwölf noch vor hundert Jahren, noch sonst jemals der Fall war. Und schließlich fehlt die gerechte Abwägung, daß das linke Rheinufer für Frankreich nie eine Lebensnotwendigkeit, sondern höchstens die Borbedingung seiner unbeschränkten europäischen Vorherrschaft gebildet hat, während die in Bersailles gezogenen Grenzen Deutschland u. a. in zwei Teile zerschneiden, es wehrlos machen und seine Volkswirtschaft aus dem Gleichgewicht bringen.

Aus Berlin wird nicht etwa, entsprechend wie aus Baris, berichtet. wie man dort von Regierungsseite zu den Dingen Stellung nimmt. "Es bleibe dahingestellt, ob die deutsche Regierung und Offentlichkeit jest ertennen werden, daß Deutschland um die politische Entscheidung (ber Un= nahme der französischen Bedingungen) nicht herumkommt. Das Problem liegt in der Frage einer deutsch-französischen Berftändigung beschlossen. Die Aussichten bafür erscheinen bier ... nicht gunftig", beißt es in einem Bericht furz nach Beendigung der Londoner Konferenz. Der Berliner Berichterstatter bezieht also selbst Stellung zu ben Borgangen und mißt baran die Haltung der deutschen Regierung, Offentlichkeit und Parteien. Nach seiner Auffassung ist im vorliegenden Fall die richtige Lösung eine deutsch= frangösische "Berftändigung". Un Tatsächlichem erfahren wir, daß in "Deutschland die Aussichten dafür nicht günstig erscheinen". Daran wird die Mahnung an die deutsche Regierung und Offentlichkeit geknüpft, zu erkennen, daß ihnen ein anderer Weg nicht übrig bleibe. Ift diese Art der Berichterstattung aber geeignet, uns ein richtiges Bilb ber Borgange und Bustande in Deutschland zu vermitteln? Und kann die schweizerische Offent= lichkeit sich auf Grund berselben ein richtiges Urteil über die deutschen Berhältnisse bilben? Doch wohl nicht. Denn einmal fehlt es bazu an ben nötigen Sachgrundlagen. Wir müßten mehr über bas Tatsächliche unterrichtet werden, das innen- und außenpolitisch in Deutschland vorliegt, und zwar ohne daß dieses schon in der Auswahl und Aufmachung durch eine bestimmte Tendenz gefälscht wird. Und zweitens mußte diese Tendenz, b. h. ber Besichtspunkt des Berichterstatters durch die politischen Gesichtspunkte un = seres Landes, der Schweiz, bestimmt sein. Der Berliner Berichterstatter macht es sich aber bequemer: er gibt die Dinge einsach wieder, wie sie in jeder französischen Zeitung zu lesen sind, d. h. wie sie sich unter dem Gesichtspunkt der französischen Politik darstellen.

Und die Berichterstattung aus London? Der auf der Londoner Konferenz vorgebrachte amerikanische Borschlag beruhe auf einer "über-raschend vereinsachten Beurteilung der deutschen Krise", heißt es da in einem Telegramm aus London, weil er diese Krise sediglich als eine solche der kurzsristigen Kredite bezeichnet und mit keinem Wort auf die politischen Forderungen Frankreichs eingeht. Ein Artikel der "Times", der als einziges Hindernis, das der Wiedergesundung Deutschlands entgegenstehe, die politische Unnachgiebigkeit Frankreichs bezeichnet, wird wie solgt kommentiert: "Dieser Artikel wird die heutigen Besprechungen Hendersons in Parisnicht erleichtern." Auch der Londoner Korrespondent versicht also die Aufssissung, daß jede Meinung, die nicht mit der französischen wird, eine Erschwerung der internationalen Politik bedeutet. Klassisch ist schließlich ein Telegramm vom 8. August, das über die Stimmung in England zu dem bevorstehenden Bolksentscheid in Preußen berichten sollte:

"Die Organe der englischen öffentlichen Meinung verzichten darauf, wenn immer fie können, am Borabend großer politischer Ereig= nisse im Ausland, namentlich wenn deren Unberechenbarkeit offensicht= lich ist, dramatische Erklärungen abzugeben. Sie haben es auch mit der morgigen Abstimmung in Preußen so gehalten. Das will nicht heißen, daß man in London in Bezug auf die Rückwirkungen des mög= lichen gefürchteten Resultates Illusionen nähre, daß man die Zusammenhänge zwischen ihm und der Finanzaktion für Deutschland nicht sehen wolle. Wenn man an einigen Stellen zögert, bem Resultat — immer vorausgesett, daß es das unerwünschte sei — schon im vor= aus alle möglichen Folgen zuzuschreiben, so geschieht das deshalb, weil man felbst nach einem eventuellen ersten Sieg der Unvernunft letten Endes an ein Überwiegen des gesunden Menschenverstandes bei den Siegern zu glauben geneigt ist. Eine solche Beurteilung der Lage kann nicht in prätentiöse Formulierungen gebracht werden. Sie stütt sich auf Erfahrungstatsachen, sie rechnet mit ber beredten Sprache ber Tatsachen, der sich auch Extremisten — man denkt hier vor allem zu ausschließlich an die Nationalsozialisten - nicht verschließen können. Im übrigen wird nirgends der Versuch gemacht, im hinblick auf das eventuell gefürchtete Resultat die Bedeutung der Abstimmung zu verkleinern. Man betrachtet im Gegenteil die Rückwirkungen auf die europäische Politik mit großer Besorgnis. Dies kommt namentlich in ben Berichten der Berliner Korrespondenten der Londoner Blätter heute zum Ausdruck, in denen der Aufruf der preußischen Regierung, insbesondere dessen erzwungene Beröffentlichung in allen Organen, als Fehlschritt dargestellt wird."

Wenn man etwas mit Sicherheit aus der Gewundenheit dieses Tele= gramms foll herauslesen können, dann doch nur, daß man sich über den preußischen Volksentscheid in England überhaupt nicht sonderlich aufgeregt hat, vor allem nicht über einen allfälligen Erfolg der nationalen Bewegung - "weil man felbst nach einem eventuellen ersten Sieg ber Unvernunft letten Endes an ein überwiegen des gesunden Menschenverstandes bei den Siegern zu glauben geneigt ist" —. Wenn man sich übrigens der unerhörten Sete erinnert, die vor fechs Jahren bei der deutschen Reichspräsi= bentenwahl in der ganzen französischen und ihrem Einfluß unterstehenden übrigen Presse gegen die Randidatur hindenburg geführt murde und weiß, wie segensreich sich gerade der bekämpfte Wahlausgang für Deutschland und die übrige Welt ausgewirkt hat, dann kann man ermessen, wie schief die Urteile meist sind, die solchen Beeinflussungsversuchen der Weltöffent= lichkeit zugrunde liegen. Nach dem Londoner Telegramm der "Neuen Bürcher Zeitung" mare in England Besorgnis eigentlich nur über den "Fehlschritt" der preußischen Regierung, d. h. also des Gegners der nationalen Bewegung zum Ausbruck gekommen. Überschrieben war bas Telegramm trotbem: "Bor bem Bolksentscheid in Breugen - Beforgnis in Eng-Iand". Denn bas in Paris ausgegebene Stichwort verlangte, bag bie ganze Welt und mit ihr auch England sich über einen allfälligen Sieg der nationalen Bewegung in Deutschland aufrege.

Im übrigen geht aus dieser verschiedenen Ginstellung der englischen und französischen Presse zum preußischen Bolksentscheid erneut hervor, wie anders England sich zu Deutschland und den deutschen Vorgängen verhält als Frankreich. In England sieht man davon ab, sich das spätere Rusammenarbeiten mit einer Regierung zu erschweren, die man vorher bekämpft hat. Vor allem aber hütet man sich, eine fremde Regierung vor ihrem eigenen Land badurch unheilbar zu kompromittieren, daß man in auffälliger und durchsichtiger Beise für sie Partei ergreift. Ift Frankreich wirklich so um die deutsche Republik und die sie tragenden Parteien besorgt, wie es vorgibt, bann hat es ihnen mit seiner offenen Parteinahme für sie ben benkbar schlechtesten Dienst erwiesen. Ihr ständiger Rückgang an Unsehen und Einfluß und das überhandnehmen "radikaler" Richtungen fällt zur Hauptsache auf die Schuld dieser ausländischen Kompromittierung. Damit tritt aber auch ber Zirkel wieder zu Tage, in dem sich die französische Politik befindet: sie will in Deutschland Varteien und Richtungen unterstüten, von denen sie glaubt, daß sie sich, weil selbst innerpolitische Nutnießer davon, mit der bestehenden Ordnung endgültig abfinden, und sie fördert damit in ungeahntem Mage Barteien und Richtungen, die Deutschlands Wiedererhebung zu voller Selbständigkeit und Gleichberechtigung — was mit Frankreichs Vormachtstellung unvereinbar ift - mit allen Mitteln erstreben. Sätte sich die Welt einichlüeßlich Frankreichs in den letten zwölf Jahren zu Deutschland und seinen inneren Berhältnissen gestellt, wie es heute etwa England tut, bann wären nicht nur viele der innerdeutschen Wunden längst geheilt, die sich jett wegen des Herumwühlens des Auslandes darin nicht schließen können und die Deutschland hindern, zu ruhigen und gefestigten Berhältnissen zu kommen. Es ift auch gang undenkbar, daß in einem beruhigten und ge= festigten Deutschland, das man wieder gleichberechtigt zum Wettbewerb mit ber übrigen Welt zugelassen hätte, jemals ein namhafter Bruchteil bes Bolkes zu finden gewesen ware, der die Berantwortung und das Opfer eines neuen möglichen Rrieges hätte auf sich nehmen wollen. Hungernde, jeder Zukunftsaussicht, ja selbst der unmittelbaren Lebensmöglichkeit beraubte Massen sehen einer solchen Möglichkeit leichter ins Auge und sind auch zu den entsprechenden Opfern bereit, wenn sie hoffen können, damit wenigstens den fünftigen Beschlechtern wieder ein menschenwürdiges Dasein zu schaffen. Deutschland ist heute und auf lange Zeit hinaus wehrlos und zu irgendwelcher erfolgversprechenden kriegerischen Unternehmung außer Stande. Wenn man sich aber von der Angst, daß das in einer späteren Bukunft einmal anders sein könnte, befreien, und allen sich daraus er= gebenden Eventualitäten vorbeugen will, dann geschieht das nicht, indem man selbst immer mehr rüftet und immer mehr Geld in die Rüftungen seiner Berbündeten hineinsteckt, noch indem man den gefürchteten Gegner burch Auferlegung stets neuer Bindungen an der Entfaltung seiner natür= lichen Kräfte hindert, noch indem man gegen jede Regung von Selbstbehauptungswillen bei ihm die ganze Welt aufpeitscht und durch ständiges Einmischen in seine Angelegenheiten seine politischen Leidenschaften schürt und seine inneren Gegensätze vertieft und verschärft. Mit all dem erreicht man schließlich nur das, was man vermeiden will und was im Interesse ber Zukunft der europäischen Rultur und der ganzen Welt vermieden merben muß.

5.

Wenn dem so ist — und eine zwölfjährige bittere Erfahrung lehrt, daß ihm so ist —, dann stellt sich die Frage, was für Gründe einen Teil unserer Presse bewegen, gerade die Haltung einzunehmen, die einer solchen verhängnisvollen Entwicklung förderlich ist? Da wird man einmal auf den Umstand hinweisen, daß in einem kleinen, abseits des Stromes gesichichtlichen Werdens stehenden Staatswesen der unmittelbare Zwang zur Bildung eines eigenen Urteils über die Fragen der großen Politik sehlt. Für den größeren Teil unserer Tageszeitungen ist internationale Politik etwas, dem man, ohne selbst daran beteiligt zu sein, wie von einer Theatersloge aus zuschaut. Und entsprechend nimmt man für sich das Recht des Zusschauers in Anspruch, die Vorgänge auf der Weltbühne nach persönlicher Liebhaberei oder Sympathie für die einzelnen Schauspieler zu beurteilen und zu "kritisieren". Dazu kommt die Uhnungslosigkeit des durchschnitts

lichen Kleinstaatsbürgers in Fragen der großen Politik, da es ihm an außenpolitischer Erziehung und überlieserung sehlt und er darum jeder ausländischen Beeinflussung zugänglich ist und am liebsten denjenigen Borsstellungsweisen folgt, die ihm am mundgerechtesten gemacht werden und seiner Eigenliebe am meisten schmeicheln. Indessen wäre es unrichtig, die Haltung unserer Presse vorwiegend nur auf Rechnung dieser geistigen Unselbständigkeit sehn zu wollen.

Es wäre aber auch unrichtig, aus dem Umstand, daß unsere Presse heute zum Teil so stark im Fahrwasser der französischen Politik segelt, folgern zu wollen, sie lasse sich dazu durch die nämlichen Gründe bestimmen, die etwa für eine "Gazette de Lausanne" ausschlaggebend sind, welches Blatt die Ziele Frankreichs ein fach als die eigenen empssindet und sie entsprechend fördert und unterstützt. Es fehlt den Kreisen, die die Haltung unserer großen Presse bestimmen, keineswegs an eigener Zielsehung. Sie glauben diese heute lediglich am besten durch die Anslehnung an Frankreich und Unterstützung seiner Politik verwirklichen zu können.

"Wir waren beim Sieger 1871, wir waren beim Sieger 1918. Wir sind noch immer beim "Sieger". Dag unfer Bolt bei diesen Siegen so leise mitbesiegt worden ist, tut wohl heute nicht viel zur Sache. "Uns" geht's ja gut, wir haben Arbeit, haben zu effen und zu trinken. Darum feid froh, daß es Euch so gut geht und verlangt nicht noch Freiheit und Unabhängigkeit der Gesinnung und des politischen Handelns." — Sollten diese Ausführungen ber in Stragburg erscheinenben und über ein feines politisches Fingerspikengefühl verfügenden "Elsaß=Lothringer=Zeitung" nicht, unter veränderten Umständen, auch ein wenig für unser Land gelten? Auch wenn sie mit folgender Beurteilung der Lage fortfahren: "Die Satten geben heute den Ausschlag — bei uns. Aber es gibt Länder, da geben nicht die Satten, sondern die Hungrigen den Ausschlag... Es gibt in Europa nicht nur soziale Rlassenunterschiede in den einzelnen Völkern, sondern es gibt heute vor allem soziale Klassenunterschiede zwischen den einzelnen Bölkern. Es gibt fatte, reiche, gesicherte Bölker und baneben hungrige, verarmte, zusammengepferchte. Diese Tatsache ... wirkt sich aus als eine Spannung zwischen Bolf und Bolf und hindert jede mahrhafte Friedens= stimmung, die ja doch nur aus der Ausgeglichenheit der Boltsträfte her= vorgeben kann... Wir Elfaß-Lothringer felbst muffen munichen, daß bas uns benachbarte, unsere Sprache sprechende und uns blutverwandte deutsche Volk nicht durch innere und äußere Nöte zu Handlungen der Verzweiflung gedrängt wird, durch die es innerlich und äußerlich noch mehr geschwächt und seinen wahren kulturellen Aufgaben im Herzen Europas entzogen würde."

Man sollte meinen, daß auch wir Schweizer genau den gleichen Wunsch haben müßten, wie er hier von elsässischer Seite ausgedrückt wird. Wir

haben aber oben gesehen, daß unsere große Presse vielmehr ihr redlich Teil bazu beiträgt, durch eine unsachliche, parteiisch gefärbte Darstellung ber beutschen Vorgänge und durch die vorbehaltlose Unterstützung der französischen Bestrebungen die inneren und äußeren Nöte Deutschlands zu bergrößern. Julius Schmidhauser hat in seinem, im Februarheft dieser Zeitschrift veröffentlichten Auffat eben die richtige Rennzeichnung gegeben: die industriellen und kaufmännischen Führer unseres Bürgertums haben politisch versagt. Sie haben Witterung für das Geschäft. Aber es fehlen ihnen die religiösen und volklichen Gründe, aus denen allein Gemeinschaft wächst. Ihre Witterung für das Geschäft läßt diesen Kreisen einen Niedergang Deutschlands vielleicht nicht unerwünscht erscheinen, weil sie dadurch auf dem in- und ausländischen Absatzmarkt die lästige deutsche Konkurrenz los würden. Dag aber dabei für unser Bolt geistige und politische Werte auf dem Spiel stünden, die durch keinen materiellen Wohl= stand jemals ersett werden könnten, fällt für sie nicht in Betracht. Der Be= griff Volk als einer geistigen Schaffensgemeinschaft ist etwas, was der Betrachtungsweise des Geldes völlig fern liegt. Volkspersönlichkeit und Staat als deren Ausdrucksform sind für das Geld nicht Werte für sich, sondern belanglose Dinge. Das Geld interessiert sich für ein Bolk höchstens, so= fern bessen einzelne Glieder Gegenstände möglichen Gewinns bilden. Wenn bas lettere der Fall ist, kann allerdings eine sehr starke Interessiertheit zutage treten. Auf die jüngst erlassene Notverordnung der deutschen Re= gierung zur Einschränkung der Auslandsreisen, durch die schweizerische Fremdenindustrie= und Berkehrsinteressen betroffen werden, hat die "Neue Bürcher Zeitung" mit Ausbrücken wie folgt geantwortet: "Einseitiger brüsker Berstoß gegen die Freizügigkeit internationaler Berkehrsbeziehun= gen", "Berletung staatsrechtlicher Usancen", "Berstimmung schwergeschäbigter Nachbarvölker", "wenig dazu angetan, die Bemühungen zur Wieder= herstellung einer Basis des europäischen Vertrauens gegenüber Deutschland zu fördern".

Das Geld will aber auch nicht Berantwortung tragen. Ob es in Europa heute soziale Unterschiede zwischen den einzelnen Bölkern. satte. reiche, gesicherte und hungrige, verarmte, zusammengepferchte Bölker gibt, kümmert einen wenig, solange man selbst nur zu den satten und reichen geshört. Daß aus diesen sozialen Unterschieden zwischen gleich hochstehenden Kulturvölkern Spannungen entstehen, die einen ausgeglichenen Friedenszustand dauernd verunmöglichen, darüber und über Mittel und Wege zur Abhilse nachzudenken, sühlt man sich nicht verpslichtet. Man begnügt sich damit, für die Sicherung seines eigenen Reichtums und Wohlstandes besorgt zu sein. In diesem Streben nach Sicherung ven geshoben en gesellschaftlichen Stellung und des politischen Einflusses, den einem Besitz verleiht, ist der Schlüssel zur Haleung unserer großen Presse zu erblicken. Darum sindet man sich immer auf Seite des Siegers und ist bereit, dessen Wohlwollen mit Konzessionen

auf Rosten des Volksganzen und seiner völkerrechtlichen Positionen zu erkaufen. Man denke, wie schnell man 1918 den Anschluß an die Siegerseite gefunden hat und wie großzügig man in der Preisgabe lebenswichtigster Rechtsstellungen des schweizerischen Staates war, um sich dafür unter den Schut ber neuen europäischen Bormacht stellen zu burfen. Frankreich ist seit Ende des Weltkrieges die mahrhaft "tonservative" Macht Europas. Sein Streben, jede Anderung der bestehenden Gebiets= und Machtverhältnisse in Europa zu verhindern, deckt sich mit demjenigen unserer wirtschaftlich führenden Schichten nach ungeschmälerter Erhaltung ihres jetigen Besitzstandes und der gesellschaftlichen und politischen Stellung, die ihnen dieser verleiht. Wer etwas am Bestehenden ändern will, erscheint beiden gleicherweise als Störenfried. Besit will eben auch Ruhe, benn er kann nur in Ruhe genossen werden. Darum muß Frankreichs Politik allenthalben unterstütt und als die richtige dargestellt werden. Nur durch diese Leistung sichert man sich die französische Gegenleistung. Und je brohender es unter der Einwirfung dieser Politit im Bebalt bes europäischen Staatenbaues, ja bes eigenen Staatsbaues fracht, besto blinder verschließt man sich der Wirklich= keit und besto enger klammert man sich an die Fersen des großen Protektors.

Alle Rurgsichtigkeit rächt sich aber einmal. Die Geschichte lehrt bas an ungezählten Beispielen. Auch die schweizerische. Die Schweiz des ausgehenden 18. Jahrhunderts galt als eines der wohlhabendsten und bestaeord= neten Länder in Europa. Und doch trug fie, dem Blid scharfsichtiger Zeit= genossen unverkennbar, bas Rainszeichen bes Berfalls an sich. Sie mar politisch tot. Ist benn aber die Schweiz des 20. Jahrhunderts wirklich politisch tot, oder leidet sie nicht vielmehr an einem übermaß politischer Betätigung? Das lettere wäre der Fall, wenn es sich bei dem ganzen Streit der Parteien, der unser öffentliches Leben erfüllt und beherrscht, um Politik und nicht nur um einen Zank barum handelte, wer vom Staat ben größeren Borteil ziehen kann. Bare beispielsweise der Rampf, den eine "Neue Burcher Zeitung" gegen die Sozialdemokratie führt, wirklich ein politi= icher Rampf, d. h. ein Rampf um den, durch eine untaugliche Bejellschafts= und Beltanschauung bedrohten Staat, bann burfte bieses Blatt nicht gleichzeitig im Ausland Parteien marriftischer Staats- und Weltauffassung unterstüten und fördern, wie es das heute tut. Bas die beutsche Sozialbemokratie und die Partei der "Neuen Burcher Zeitung" verbindet, ist baber auch nicht ein gemeinsames politisches Interesse, wohl aber ein gemeinsames Interesse an der Erhaltung der bestehenden Berhältnisse. Die Stellung der deutschen Sozialdemokratie, die auf der neuen Ordnung in Deutschland beruht, und diejenige des Großbürgertums ber "Reuen Zürcher Beitung" würden gleicherweise bei einer Anderung des Bestehenden ge= fährdet. Darum erbliden auch beide ihre beste Sicherung in der Politik und Machtordnung Frankreichs und geben beide einig in der Unterstützung des Garanten berselben, des Völkerbundes. Ob eine solche Haltung ungunftige Rüdwirkungen auf bas eigene staatliche Dasein hat, fällt nicht in Betracht.

Im innerstaatlichen Leben zeigt sich die Rückwirkung solcher Rurzsichtigkeit allerdings unmittelbarer und eindringlicher. Darum, weil die Schichten, die eine "Neue Zürcher Zeitung" tragen, nicht für die Bolksgemeinschaft, sondern für ihren Besit, nicht gegen den Margismus als un= taugliche Staats- und Weltauffassung, sondern gegen die einen gerechten Anteil an ihrem Besitz fordernde Arbeiterschaft kämpfen, weil sie sich nicht für den selbständigen und wehrhaften Staat einseten, sondern vom Staat nur etwas miffen wollen, wenn fie ihn zum Schut ihres bedrohten Befitstandes brauchen, wohnen wir diesem Zerfall jener Partei bei, die die unabhängige Schweiz des 19. Jahrhunderts ge= schaffen und verantwortlich getragen hat. Ein Teil der ein= stigen Anhängerschaft dieser Partei hat sich in neuen Parteien gesammelt. Unaufhaltsam verliert sie weiteres Parteivolk, sei es an diese neuen Par= teien, sei es an das wachsende Seer der politisch Enttäuschten und Gleich= gültigen, das so zum Refrutierungsdepot neuer Parteibildungen wird. Eine schwere Verantwortung ift es, sich, nur um im Genuß seines Besites nicht geschmälert zu sein, der Aufgabe zu versagen, zu der man durch Herkunft, Bildung und Mittel berufen wäre, und sein Volk in dem Kampf, der ihm burch die Notwendigkeit einer Anpassung seiner staatlichen Daseinsformen an die veränderten Berhältniffe bevorfteht, im Stiche zu laffen. Und eine nicht weniger schwere Verantwortung bedeutet es, ben schwindenden eigenen birekten Einfluß auf die öffentlichen Angelegenheiten durch einen in = biretten Einfluß ersetzen zu wollen, den man dank seiner materiellen Mittel auf die staatlichen Behörden, die Organe der öffentlichen Meinungs= bildung und die Stimmberechtigten auszuüben vermag. Denn damit höhlt man die Demokratie aus und macht aus ihr einen staatlichen Leerlauf, der nur noch unkontrollierbaren Mächten bei der Verfolgung ihrer privaten Biele als Deckmantel dient. Die schweizerische Demokratie ist in ihren guten Zeiten burch das Gesamtinteresse des Volkes und burch Führer bestimmt worden, die sich dem Gemeinschaftswillen und nicht dem Privatwillen einer einzelnen Schicht verpflichtet fühlten. Benn bem heute nicht mehr so ist, dann muß es um so mehr Aufgabe und Ziel einer auf die Bukunft gerichteten Politik sein, dafür zu sorgen, daß ihm wieder so wird.

6.

Diese Aussührungen erheben nicht den Anspruch der Unsehlbarkeit, wohl aber den, eine sach lich begründete Meinung die einzig richtige sei. Not tut unserer Öffentlichkeit vor allem, daß sich über die großen Gegenwartsfragen überhaupt Meinungen bilden. Aus dem Streit und Biderstreit der Meinungen springen dann von selbst allgemeingültige, wegweisende Richtlinien heraus. Das Schlimmste für das öffentliche Leben eines Volkes ist, wenn seine Verantwortlichen, die um die Unzulänglichkeit des Bestehenden wissen, stillschweigen oder die Verkündigung dieses Wissens durch Andere durch uns

sachliche Argumente zu entwerten suchen. Dann artet die öffentliche Diskussion in Streit und Gezänk aus, das die kleinen Naturen anzieht, das Blickfeld verengt und zur Verhetzung und Zersetzung der Gemeinschaft führt. Nur wo offener Rampf der Geister ist, ist wirklich er politisch er Rampf. Und nur dieser ist fruchtbar, weil nur er hohe Gesinnung weckt und die schlummernden Kräfte der Nation aufrüttelt.

## Das Kolonial-Reich Frankreichs.

Bon Maurice Duhamel, Paris. 1)

Das "überseeische Frankreich".

Die von der französischen Regierung mit großen öffentlichen Mitteln organisierte Kolonial-Ausstellung ist im Mai dieses Jahres in Bincennes vor den Toren von Paris eröffnet worden. Sie wird bis zum November dauern.

Welches ist der Zweck dieser lärmigen Schaustellung? Soll sie den Ausländern die Kenntnis der Erzeugnisse der französischen Kolonien vermitteln? Man darf annehmen, daß diese sie bereits sehr gut kennen, zweisellos besser als der Großteil der Franzosen selbst. Es sind ja Italiener, die Tunis bebauen; Spanier, die die Datteln von Biskra ernten; Ameriskaner, die die Bananen von Guinea und Dahomeh ausbeuten; Holländer, die ihren Gewinn aus den KakaosBäumen von Togo und Kamerun ziehen; Engländer, die Papier aus dem Alfa der algerischen Hochebenen herstellen.

Handelt es sich darum, diesen Hang zur Seßhaftigkeit und gesicherten Bukunft zu bekämpfen, der die jungen Franzosen in die ruhigen Beamtensstellen treibt, und bei ihnen koloniale Neigungen zu wecken? England hatte vor einigen Jahren einen Versuch dieser Art gemacht. Aber wer die Gewohnsheiten der französischen Verwaltung kennt, ihre Furcht vor dem Abenteuer, und die Kunst, die sie anwendet, um die Unternehmungslust zu schwächen, für den müßte eine solche Absicht eine so vollständige Stimmungs und Methodenänderung bedeuten, daß sie nur schwer glaublich erscheint.

Es scheint vielmehr, daß ein Gefühl von Prahlerei Frankreich zu dieser unvorhergesehenen Ausstellung veranlaßt habe. Nachdem Frankreich bezüglich seiner Bevölkerungszahl in Europa in den fünften, in Bezug auf seine Handelsklotte vom zweiten in den sechsten Rang herabgefallen und von allen seinen Handelskonkurrenten auf den auswärtigen Märkten beiseite gesichoben ist, bleibt es noch immer der größte Kolonialstaat nach England. Es scheint ihm angenehm, sich das in Erinnerung zu rusen und nützlich, es

<sup>1)</sup> Die Abersetung ins Deutsche murbe von der Schriftleitung besorgt.